S 10 Eg 14/92

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Kindergeld-/Erziehungsgeldangelegenheiten
Abteilung	9
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Bayer. Erziehungsgeld Familienleistung Assoziationsrat türkische Staatsangehörigkeit Arbeitnehmerbegriff
Leitsätze	1. Türkische Staatsangehörige haben unter denselben Voraussetzungen Anspruch auf Bayer. Landeserziehungsgeld wie Deutsche oder EU-Staatsangehörige. 2. Das Bayer. Landeserziehungsgeld steht wie das Bundeserziehungsgeld einer Familienleistung i.S. des Art.4 Abs.1 Buchstabe h) des Assoziationsratsbeschlusses 3/80 i.V.m. Art.4 Abs.1 Buchstabe h), u), i) gleich.
Normenkette	Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Buchst b) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Buchst i) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 4 Buchst h) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Abs 1 S 1 Nr 5 Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Abs 1 Buchst h) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Abs 1 Buchst ü) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Abs 1 Buchst i) Assoziationsbeschluss 3/80 Art 1 Abs 1 Buchst a)
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 10 Eg 14/92
Datum	16.12.1992

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 EG 7/00
Datum 19.12.2000

3. Instanz

Datum -

I. Die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 16. Dezember 1992 wird zurückgewiesen.

II. Der Beklagte hat der Klägerin die außergerichtlichen Kosten des zweiten Rechtszuges zu erstatten.

III. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist ein Anspruch der Klägerin auf Landeserziehungsgeld (LErzg) für den 19. mit 24. Lebensmonat (07.07.1992 mit 06.01.1993) ihres Sohnes Ferhat streitig.

Die am 11. 1973 geborene Klägerin, eine verheiratete türkische Staatsangehörige, welche vom 18.10.1990 an im Besitz einer seinerzeit zum Zweck der Familienzusammenführung erteilten befristeten Aufenthaltserlaubnis war, ist die Mutter des am 11. 1991 in Münchenberg, Kreis Hof, geborenen Kindes. Sie lebt seither mit diesem und ihrem Ehemann in einem gemeinsamen Haushalt, betreut und erzieht das Kind und übt daneben keine Erwerbstätigkeit aus. Durch Bescheid der Familienkasse beim Versorgungsamt Bayreuth vom 18.03.1991 erhielt sie für den 1. mit 18. Lebensmonat Bundeserziehungsgeld (BERzg) in Höhe von DM 600,00 monatlich.

Der am 09.07.1992 gestellte Antrag auf Bewilligung von LErzg wurde durch Bescheid vom 13.07.1992 im Wesentlichen mit der Begründung abgelehnt, aufgrund der vorliegenden türkischen Staatsangehörigkeit gehöre die Klägerin nicht zum Personenkreis des Art.1 Abs.1 Satz 1 Nr.5 des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (BayLErzGG). Der Widerspruch blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 02.11.1992)

Das angerufene Sozialgericht (SG) Bayreuth hob die angefochtenen Bescheide durch Urteil vom 16.12.1992 auf und verurteilte den Beklagten, der Klägerin LErzg dem Grunde nach zu gewähren. Die Entscheidung gründet auf den Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta vom 18.10.1961, die am 26.02.1965 ([BGBl II. 1965 S.1122](#)) für die Bundesrepublik und am 24.12.1989 ([BGBl II. 1990 S.59](#)) für die Türkei verbindlich geworden ist, sowie auf Art.10 Abs.1 des Beschlusses Nr.1/80 des Assoziationsrates über die Entwicklung der Assoziation zwischen der EG und der Türkei.

Mit der am 15.01.1993 zum Bayer. LSG eingelegten Berufung wandte der Beklagte

ein, das Bundesverwaltungsgericht habe in seiner Entscheidung vom 18.12.1992 (DVBl.1993, 787) den allgemeinen Gleichheitssatz als nicht verletzt angesehen. Die Staatsangehörigkeit gehöre nämlich nicht zu den in [Art.3 Abs.3 GG](#) genannten Merkmalen, die eine Mindestsicherung gegen Diskriminierung erreichen sollen und an die bei der Vergabe staatlicher Leistungen schlechthin nicht angeknüpft werden dürfen, vgl. BVerfG Beschluss vom 20.03.1979, BVerfGE 51.1. Die Klägerin könne ihren Anspruch auch nicht auf Art.16 der Europäischen Sozialcharta stützen. Selbst wenn unterstellt werde, dass der Charta überhaupt ein die Klägerin begünstigendes Gleichbehandlungsgebot zu entnehmen sei, handle es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der keine unmittelbaren Rechte für Bürger begründe, sondern lediglich rechtspolitische Zielsetzungen beinhalte, deren Umsetzung in einklagbares nationales Recht sich die Vertragsparteien ausdrücklich vorbehalten hätten. Auch lasse sich ein Anspruch auf LERzg nicht aus dem Assoziationsrecht zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei ableiten.

Die Klägerbevollmächtigten bezogen sich hinsichtlich der Voraussetzungen der Gleichbehandlung türkischer Staatsangehöriger beim Bezug von Erzg auf ein Rechtsgutachten des Dr. â vom 17.06.1993, auf dessen Einzelheiten verwiesen wird.

Durch Beschluss vom 28.07.1994 wurde das Ruhen des Verfahrens angeordnet. Am 23.03.2000 setzten die Klägerbevollmächtigten das Verfahren fort. Sie verwiesen auf eine zum Kindergeld (Kg) nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) ergangene Entscheidung des EuGH vom 04.05.1999, [C-262/96](#), sowie auf Urteile des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zum LERzg Baden-Württemberg vom 12.07.1999 und 11.10.1999. Aufgrund der Entscheidung des EuGH müsse das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.12.1992, demzufolge das LERzg nicht dem sachlichen Geltungsbereich des Beschlusses Nr.3/80 EWG-Türkei unterliege, als überholt angesehen werden.

Demgegenüber führt der Beklagte aus, dass der bayerische Gesetzgeber im Rahmen des ihm verfassungsrechtlich zustehenden Gestaltungsspielraums den anspruchsberechtigten Personenkreis in Art.1 BayLERzGG abschließend geregelt habe. Das LERzg sei keine Familienleistung im Sinne von Art.4 Abs.1 Buchst.h des Beschlusses Nr.3/80 EWG-Türkei. Der EuGH habe dies lediglich für das Kg entschieden. Demgegenüber handle es sich beim LERzg um eine Sozialleistung zugunsten junger Familien in Bayern im Anschluss an die Leistungen des BErzGG, die eine intensive Familienbetreuung von Kleinkindern über den Bezugszeitraum für BErzG hinaus fördern solle. Es verstehe sich als Anerkennung für die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern und habe keine Lohnersatzfunktion. Als begrenzte Landesleistung stelle es auch keine Leistung im Sinne der sozialen Sicherungssysteme dar, sondern eine freiwillige Zusatzleistung, mit der junge Familien gefördert und unterstützt werden sollten. Der Anspruch auf LERzg könne nicht auf europarechtliche Vorschriften bzw. die Entscheidung des EuGH vom 04.05.1999 gestützt werden. Der Gerichtshof habe zwar darauf abgestellt, dass ausländische Arbeitnehmer, die in den allgemeinen oder besonderen Systemen der sozialen Sicherheit pflicht- oder freiwillig versichert seien, nicht

diskriminiert werden dürfen. Demgegenüber führe der Anspruch auf LERzg nicht zu einer Diskriminierung, sondern bedeute eine Anerkennung und Begünstigung für den genannten Personenkreis. Unabhängig davon, ob die Arbeitnehmereigenschaft der Klägerin vorliege, sei das LERzg nicht als Teil der allgemeinen oder besonderen sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland zu sehen. Auch die Verweisung des Art.6 BayLERzGG auf Â§ 8 Abs.1 BERzGG lasse keinen anderen Schluss zu. Hieraus könne eine Gleichstellung als Familienleistung nicht abgeleitet werden. Außerdem sei die Gewährung der Leistung nicht von der Ausübung des Ermessens abhängig.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des SG Bayreuth vom 16.12.1992 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Klägerin stellt den Antrag,

die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des SG Bayreuth vom 16.12.1992 zurückzuweisen.

Sie gibt an, dass sie im streitigen Zeitraum durchgehend bei der Betriebskrankenkasse als Familienangehörige versichert sei.

Der Senat hat die Akte L 9 EG 13/98 beigezogen. Darin hat der Beklagte mit Schriftsatz vom 12.07.1999 unter Bezugnahme auf das Urteil des EuGH vom 04.05.1999 bei einer türkischen Staatsangehörigen, die nur im Besitz einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung war, einen Anspruch auf BERzg anerkannt, ohne auf einen qualifizierten Aufenthaltstitel abzustellen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemachten Verfahrensakten beider Rechtszüge, vor allem auf die von den Beteiligten eingereichten Schriftsätze, sowie die beigezogenen ERzg-Akten Bezug genommen, insbesondere auf die Niederschrift der Senatssitzung vom 19.12.2000.

Entscheidungsgründe:

Die mangels Vorliegens einer Beschränkung gemäß [Â§ 144](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) grundsätzlich statthafte, insbesondere form- und fristgerecht eingelegte, und insgesamt zulässige Berufung des Beklagten, [Â§Â§ 143 ff. SGG](#), erweist sich als in der Sache nicht begründet. Im Ergebnis hat das Erstgericht zu Recht auf die zulässig erhobene kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage die streitgegenständlichen Bescheide aufgehoben und den Beklagten zur Gewährung von LERzg verpflichtet.

Rechtsgrundlage für die Gewährung bayerischen Landeserziehungsgeldes ist das Gesetz zur Gewährung eines LERzg und zur Ausführung des BERzGG (BayLERzGG) vom 12.06.1989 (GVBl.1989.206). Anspruch auf BayLERzg hat gemäß [Art.1 Abs.1 BayLERzGG](#) in der für Geburten vor dem 01.07.1993

geltenden Fassung (GVBl.1989.206), wer seine Hauptwohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt seit der Geburt des Kindes, mindestens jedoch 15 Monate in Bayern hatte (Nr.1), mit einem nach dem 30.06.1989 geborenen Kind, für das ihm die Personensorge zusteht, in einem Haushalt lebte (Nr.2), dieses Kind selbst betreut und erzieht (Nr.3), keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt (Nr.4) und schließlich die deutsche Staatsangehörigkeit oder diejenige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt (Nr.5).

Nach Art.3 wurde LERzg ab dem in Â§ 4 Abs.1 BERzGG für das Ende des Bezuges von Bundeserziehungsgeld festgelegten Zeitpunkt bis zur Vollendung von weiteren 6 Lebensmonaten des Kindes gewährt (Abs.1). Vor dem Ende des 6. Bezugsmonats endete der Anspruch mit dem Ablauf des Lebensmonats, in dem eine der Anspruchsvoraussetzungen entfallen ist. Im Fall der Aufnahme einer vollen Erwerbstätigkeit endete der Anspruch mit dem Beginn der Erwerbstätigkeit (Abs.3). Nach Art.5 betrug das LERzg DM 500,00 monatlich. Bei Überschreiten der nach Â§ 5, 6 BERzGG zu berechnenden Einkommensgrenzen wurde es auf den Betrag von 5/6 des nach Â§ 5, 6 BERzGG zu berechnenden Bundeserziehungsgeldes gekürzt (Abs.1 S.1, 2).

In der vorliegenden Streitsache erfüllt die Klägerin nach dem Sachverhalt unstreitig die Anspruchsvoraussetzungen des Art.1 Abs.1 Satz 1 Nrn.1 mit 4 BayLERzGG, denn sie hat nach Aktenlage ihren Wohnsitz seit 23.08.1989 in Bayern, lebt mit ihrem am 11.01.1991 im Kreis Hof geborenen Sohn Ferhat, für den ihr die Personensorge zusteht, und mit ihrem Mann in einem Haushalt, betreut das Kind selbst und übt keine Erwerbstätigkeit aus. Nach der Überzeugung des Senats steht auch die Nr.5 der Vorschrift dem Anspruch der Klägerin nicht entgegen. Zwar besitzt die Klägerin im Bewilligungszeitraum weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines Mitgliedstaates der EU. Insoweit sind jedoch aufgrund der vorliegenden türkischen Staatsangehörigkeit die Regeln über die seit 1963 bestehende Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei zu beachten.

Das am 12.09.1963 von den vertragschließenden Parteien unterzeichnete und durch Beschluss 64/732 EWG des Europäischen Rates vom 23.12.1963 im Namen der Gemeinschaft geschlossene, gebilligte und bestätigte Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (BGBl.II 1964 S.509) hat zum Ziel, eine beständige und ausgewogene Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu fördern, vgl. Art.2 Abs.1. Bis zur Erreichung des Ziels wird es der Türkei ermöglicht, ihre Wirtschaft mit Hilfe der Gemeinschaft zu festigen, Art.3. Schrittweise ist die Errichtung einer Zollunion und die Annäherung der Wirtschaftspolitiken vorgesehen, Art.4; in der Endphase werden die Wirtschaftspolitiken verstärkt und koordiniert, Art.5. Weiterhin bestimmt Art.9 des Abkommens, dass die Vertragspartner den Grundsatz des Verbots jeder Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit anerkennen. Art.12 enthält die Vereinbarung der Partner, sich von den Art.48 mit 50 des EG-Vertrages leiten zu lassen, um untereinander die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen. Das Abkommen wird ergänzt durch ein Zusatzprotokoll vom

19.12.1972 (ABl. L 293), welches Bedingungen, Einzelheiten und den Zeitplan für die Verwirklichung der in Art.4 des Abkommens genannten Übergangsphase festlegt. Dessen Art.39 sieht einen Assoziationsrat vor, der auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer türkischer Staatsangehörigkeit und für deren in der Gemeinschaft wohnenden Familien Regelungen erlässt. Dieser Rat erließ am 19.09.1980 den Beschluss Nr.3/80 (- ABl. Nr.C 110/60) über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf die türkischen Arbeitnehmer und auf deren Familienangehörige, welche die Systeme der sozialen Sicherheit der Mitgliedstaaten dahingehend koordinieren soll, dass türkische Arbeitnehmer, die in einem oder in mehreren Mitgliedstaaten beschäftigt sind oder waren, sowie deren Familienangehörige und Hinterbliebenen Leistungen in den herkömmlichen Zweigen der sozialen Sicherheit beziehen können (vgl. EuGH Urteil vom 04.05.1999 [C-262/96](#) in SozR 3-6935 Allg. EWG-Abkommen Türkei Nr.4). Art.3 Abs.1 des Beschlusses lautet: "Die Personen, die im Gebiet eines Mitgliedstaates wohnen und für die dieser Beschluss gilt, haben die gleichen Rechte und Pflichten aufgrund der Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates wie die Staatsangehörigen dieses Staates, soweit dieser Beschluss nichts anderes bestimmt."

Damit hat die Klägerin unter denselben Voraussetzungen wie Deutsche oder EU-Staatsangehörige Anspruch auf LERzg, vgl. Urteile des EuGH vom 12.05.1998 [C-85/96](#) in